

**Vortrag des Landesvorsitzenden der FREIE WÄHLER Hessen
Rudolf Schulz
am 20. Februar 2016 am Gründungsort der FREIE WÄHLER
in Frankfurt am Main**

60 Jahre FREIE WÄHLER Hessen

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr verehrte Gäste aus ganz Deutschland,

liebe FREIE WÄHLER,

liebe Freunde!

Ich begrüße Sie herzlichst und freue mich, dass Sie an unserer heutigen Feier aus Anlass des 60-jährigen Bestehens des Landesverbandes der FREIE WÄHLER Hessen teilnehmen.

Ich begrüße unsere aktuellen und vormaligen Vorstandsmitglieder und ganz besonders unsere Freunde aus dem Bundesverband - an der Spitze unseren Bundesvorsitzenden Hubert Aiwanger.

Weiterhin begrüße ich neben Hubert Aiwanger unseren Festredner Professor Karl Born.

70 Jahre FREIE WÄHLER in Hessen und 60 Jahre Landesverband FREIE WÄHLER in Hessen. Ein denkwürdiger Anlass zum Feiern! Zugleich würdigen wir heute die FREIE WÄHLER. Wir feiern immerhin unser jahrzehntelanges Bestehen – und verkörpern damit eine wahrlich Respekt erheischende Tradition.

Nicht jeder FREIE WÄHLER kann heute dabei sein. Viele sind politisch aktiv im Lande und haben Wahlkampftermine; Endspurt und in zwei Wochen werden wir wissen, was im nächsten historischen Abschnitt berichtet wird über das Wahljahr 2016 und wir wissen, wie wir bei den Kreis- und Kommunalwahlen 2016 abgeschnitten haben.

Die FREIE WÄHLER Hessen gibt es nunmehr seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und somit seit 70 Jahren in Hessen. Der Landesverband der „Freien Wähler - FWG Hessen e.V.“ gründete sich vor genau 60 Jahren am 19. Februar 1956. So möchte ich Ihnen heute als Landesvorsitzender und ebenfalls im 60. Lebensjahr einen kurzen Rückblick geben.

Nach der Beendigung der Katastrophe von Naziherrschaft und Krieg waren es Frauen und Männer der ersten Stunde, die sich für freie und unabhängige Wählergruppen zur Verfügung stellten und für Kommunalparlamente kandidierten. Sie nahmen damit das selbstverständliche

Recht wahr, sich als Bürger - frei von parteilichen Interessen - an der Selbstverwaltung ihrer Gemeinde, der Stadt oder ihres Kreises zu beteiligen. Parteiunabhängige Bürger verfolgten damit am konsequentesten das durch die Reformen des Freiherrn vom Stein begründete Recht der kommunalen Selbstverwaltung. Dieses Recht ist inzwischen sowohl in der hessischen Verfassung als auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert und gesichert.

Starke Ergebnisse hatten die FREIE WÄHLER nach dem Krieg und waren die Bannerträger der kommunalen Demokratie!

In der Aufbauphase nach dem Weltkrieg konnten sich FREIE WÄHLER in Hessen verhältnismäßig stark durchsetzen. Auf Gemeindeebene waren sie einmal, bei den Kommunalwahlen von 1952 mit 35,8 % stärkste Kraft vor der SPD und der CDU. Danach sank der Anteil der FREIE WÄHLER bei den Gemeindewahlen bis 1968 bis auf 24,2 %, sie blieben aber zweitstärkste Gruppierung vor der CDU.

So war es nur folgerichtig, dass am 19. Februar 1956 als Nachfolger der Arbeitsgemeinschaft Freier unabhängiger Wählergruppen im Lande Hessen dann im Börsenkeller in Frankfurt am Main der Landesverband der FREIE WÄHLER in Hessen als eingetragener Verein mit damaligem Sitz in Darmstadt gegründet wurde. Vorausgegangen waren zur Vorbereitung sechs Arbeitstagungen. Erster Vorsitzender wurde Dr. Gustav Schwarz aus Friedberg und sein Stellvertreter war Otto Braun aus Offenbach am Main. Die erste Vorstandssitzung fand am 10. März 1956 in Gießen statt. Der heutige Sitz ist seit 2002 Gießen.

Weitere Vorsitzende waren:

Dr. Siegfried Sorge

Ernst Klingelhöfer, Ehrenvorsitzender

Wolfgang Hoffmann, Ehrenvorsitzender

Thomas Braun

Walter Öhlenschläger

Rudolf Schulz

Die Gebietsreform führte, hessenweit betrachtet, mit wenigen Ausnahmen zu einem drastischen Einbruch in den Wahlergebnissen der FREIE WÄHLER. War es unmittelbar nach 1945 offensichtlich noch Gemeingut, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht unbedingt parteipolitisch bestimmt sein musste, trat dieser Grundsatz mit der kommunalen Neugliederung in Hessen in den Hintergrund. Die Verfassungstexte sind eindeutig. Sie sprechen von einer Selbstverwaltung der Bürger, nicht der Parteien. Ähnlich wie in der Justiz sollte auch in der Verwaltung das Prinzip der Parteilichkeit zurückstehen.

Dies wurde und wird seitens der Parteien völlig anders gesehen.

Und so wurde die Bundesrepublik zur Parteienrepublik!

Freie unabhängige Wählergemeinschaften sind den Parteien ein Dorn im Auge. Die kommunale Gebietsreform war daher ein Anlass, dem Alleinvertretungsanspruch der Parteien auch auf der kommunalen Ebene Geltung zu verschaffen. Auch dort, wo sich vorher keine Parteigliederungen befanden, wurden mit der Gebietsreform Ortsgruppen der Parteien gegründet, die dann auch nahezu flächendeckend in Hessen kandidierten. Zwar konnten sich FREIE WÄHLER auch nach der Gebietsreform mit zum Teil hervorragenden Ergebnissen behaupten. Insgesamt schrumpfte aber ihr Wähleranteil auf rund 1/3 bis 1/4 der früheren Stärke. Der durchschnittliche Stimmenanteil von 7,2 bis 7,6 % zwischen 1977 und 1985 bei den Gemeindewahlen insgesamt konnte erst mit den Kommunalwahlen 1989 auf 9,2 % und 1993 auf 14,1 % gesteigert werden.

1997 und 2001 gingen die Werte leider wieder kontinuierlich nach unten. 2011 erreichten die FREIE WÄHLER 8 % bei den Gemeindewahlen und 6 % bei den Wahlen in den kreisfreien Städten und Kreistagswahlen.

Die FREIE WÄHLER erreichten damit zwar nicht die frühere, während der Aufbauphase erreichte Stärke. Sie befinden sich jedoch im Aufwärtstrend und konnten sich als drittstärkste kommunalpolitische Kraft bei der Anzahl der Mandatsträger etablieren.

Wie stellt sich die Situation heute für die FREIE WÄHLER Hessen dar?

Die FREIE WÄHLER sind in den Kommunen und in den Kreisen eine starke Kraft. Wir sind präsent in der Fläche und sehr stark im ländlichen Raum. Unsere kommunale Basis ist breit – diese Basis ist Garant für unsere Erfolge und für unser politisches Handeln!

Viele Mandatsträger und Bürgermeister sind „frei“, sind unabhängig und sind uns inhaltlich sehr nahe. Hier müssen wir ansetzen und unsere Kontakte zu den parteiunabhängigen Bürgermeistern weiter ausbauen und die Nöte, Sorgen und Probleme der kommunalen Ebene als FREIE WÄHLER aufgreifen.

In manchen Städten und Kreisen regieren wir mit, in anderen sind wir eine engagierte Oppositionskraft.

FREIE WÄHLER haben in Hessen eine lange Tradition und als Alternative zu den politischen Alt-Parteien genießen wir in der Kommunalpolitik hohes Ansehen und große Unterstützung.

In unserem Politikverständnis grenzen wir uns entschieden von parteipolitischen Ideologien ab und setzen auf eine am gesunden Menschenverstand orientierte Sachpolitik.

Wir konkurrieren mit den Alt-Parteien seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland um die politische Macht auf lokaler Ebene. Unsere Erfolge sind beachtlich.

Zuletzt beteiligen sich kommunale Wählergemeinschaften in knapp drei Viertel aller deutschen Gemeinden an den Kommunalwahlen und eroberten dabei im Durchschnitt der Gemeinden mehr als 35%.

Allerdings darf man Freie Wählergemeinschaften nicht mit FREIE WÄHLER gleichsetzen! Aber die 35 % ist unser Potential!

Allerdings dürfen wir unsere kommunalen Erfolge nicht hochrechnen und die Ergebnisse für die nächste Ebene, die Landesebene erwarten. Hier sind wir von diesen Erwartungen weit entfernt.

Die Zeit ist stetigen Veränderungen unterworfen. Wir sind zwar von unseren Wurzeln her zuvörderst kommunalpolitisch aktiv. Aber was macht Kommunalpolitik heute aus?

Bereits mit der kommunalen Gebietsreform und einhergehenden schweren Strukturveränderungen und den gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit hat sich Kommunalpolitik, haben sich die Inhalte der kommunalen Arbeit, stark verändert. Dieser Prozess schreitet unaufhaltsam voran. Kommunalpolitik im Sinne der Befassung mit rein innerörtlichen Problemstellungen tritt in den Hintergrund.

Kommunalpolitik befasst sich heute vermehrt mit überregionalen Fragestellungen. Beispiele sind: Großflughafen Rhein-Main, Lärm und Gesundheitsgefährdung, gesellschaftliche Aufgaben der Kinder- und Ganztagsbetreuung und Bildung, Wohnungsnot und Umgang mit Flüchtlingen.

Solche für die Zukunft der Menschen in Hessen wichtigen Problemstellungen werden bereits heute durch Bundes – und Landesgesetze vorbereitet. Kommunale Parlamente und Kreise obliegt es noch die Umsetzung bzw. Entscheidung in Randbereichen.

Die Gestaltungsfreiheit in den Kommunen über die Haushalte ist in der Praxis quasi nicht mehr gegeben. Die Finanzmittel sind durch bundes- und landespolitische Vorgaben bereits gebunden. Der Kommunalpolitiker wird stetig zum reinen Vollzugsorgan degradiert, eine Entwicklung, die der kommunalen Selbstverwaltung Hohn spottet.

Daher kandidieren seit 1998 die FREIE WÄHLER, der Start war in Bayern, bei Landtagswahlen. Politisch erfolgreich waren sie dann 2008, als sie mit einem Stimmenanteil von 10,2 % in den Bayrischen Landtag einziehen konnten. Dieser Erfolg wurde am 15. September 2013 bestätigt. FREIE WÄHLER sitzen auch im brandenburgischen Landtag.

Mit der Gründung der Bundeswählergruppe FREIE WÄHLER im Januar 2009 – 2010 dann umbenannt in Bundesvereinigung FREIE WÄHLER – und der Teilnahme an den Europawahlen mit dem Ergebnis von 1,7 %, damit eine Abgeordnete in Brüssel und der Prozess „Partei“ hat begonnen.

Auch wir hessischen FREIE WÄHLER haben uns aufgemacht landes-, bundes- und europaweit aktiv zu sein. Dass sich FREIE WÄHLER und Landespolitik nicht grundsätzlich ausschließen, haben bereits unsere Gründer in weiser Voraussicht bedacht. Nicht umsonst sah die Satzung als Zweck auch die Förderung der Beteiligung an einer Landtagswahl vor.

Ob die FREIE WÄHLER durch ihre Beteiligung bei Landes- und Bundestagswahlen letztlich nicht doch die Funktion von Parteien wahrnehmen werden und damit schrittweise in deren Rolle hineinwachsen wird man beobachten müssen, auch kritisch. Ich kenne die Skepsis in unserem Verband. Man kann diese nicht achtlos vom Tisch fegen, man muss sie beachten. Andererseits gilt es, mögliche Rückwirkung der landes- und bundespolitischen Aktivitäten auf den Erfolg und die Verankerung der FREIE WÄHLER in der Kommunalpolitik im Blick zu behalten.

Der Landesverband repräsentiert heute die lokalen Aktivitäten auf Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene, er versteht sich als Dienstleister für seine Mitglieder und unterstützt die Mitglieder bei den anstehenden Wahlen.

Die Doppelstruktur der FREIE WÄHLER hebt sich von den Alt-Parteien ab. Dies kann auch ein Vorteil sein. Jeder arbeitet dort mit, wo er will. Wir respektieren beide Standbeine der FREIE WÄHLER.

Die beiden Landesverbände - durch fast identische Besetzung gewährleistet – sind aufgefordert Konkurrenzsituationen zu vermeiden und Interessenskonflikten die bestehen zu moderieren.

In Zukunft wird für den Verband der FREIE WÄHLER auch weiterhin gelten:

Die Ortsgruppen, Kreise und kreisfreien Städte sind - wie bisher- in ihren lokalen, regionalen und politischen Entscheidungen eigenständig.

Der Landesverband ist aufgefordert, zu landespolitischen Themen z. B. Kommunaler Finanzausgleich und die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, Energiepolitik, Verkehr und Wirtschaft, Soziales Handlungshilfen zu erarbeiten. Auch regionale Themen, wie Kali und Salz und Fluglärm muss der Landesvorstand aufgreifen. Es kann aber nicht sein, dass der Landesverband Positionen , ohne Beschluss und Diskussion und erst recht nicht mit den Kreisverbänden abgestimmt zu Themen veröffentlicht. Hier brauchen wir vor einer Positionierung eine breite Diskussion und Akzeptanz im Verband.

Bei Grundsatzentscheidungen des Landesverbandes, muss die Meinung der Basis unbedingt beachtet werden.

Ziel muss sein, den Einfluss der FREIE WÄHLER auf allen Ebenen zu stärken, dass WIR-Gefühl, der FREIE WÄHLER, muss weiter gestärkt werden.

Einfluss und WIR-Gefühl, entsteht durch gemeinsame Arbeit. Es muss klar definiert werden, welche Aufgaben der Verband hat.

Liebe Freunde!

Wir sind alle kommunalpolitisch verankert, bringen die nötige Erfahrung mit und sind hoch motiviert uns für die Werte der FREIE WÄHLER einzusetzen.

Lasst uns um die Sache für die FREIE WÄHLER streiten, lasst uns gemeinsame Ideale, Ziele und Positionen finden.

Die FREIE WÄHLER wollen ihre Position als drittstärkste kommunale Kraft in Hessen nicht nur behaupten, sondern ausbauen und sich auch auf Landesebene Gehör verschaffen.

Als Landesvorsitzender ist es mir nicht Bange um die Zukunft der FREIE WÄHLER.

Freiherr vom Stein empfahl seinem König, Friedrich Wilhelm III, mit grundlegenden Staatsreformen die Verkrustung in Politik und Verwaltung aufzubrechen. Dieser dankte mit den Worten, dass er Freiherr vom Stein,

ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener sei.

In diesem Sinne bin ich, sind wir, gerne FREIE WÄHLER.

Lasst uns gemeinsam in eine bessere Zukunft gehen!

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit und Disziplin!

Rudolf Schulz 19.02.2016